

**Helle Becker**  
**Bericht zur Fachtagung der GEMINI**  
**Politik & Partizipation in der Ganztagschule**  
**13./14. November 2006 in Bonn**

**Bonn, 13./14.11.2006**

Verantwortliche und PraktikerInnen der außerschulischen politischen Bildung, Lehrkräfte und Schulleitungen sowie weitere Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Verwaltung und Politik diskutierten am 13. und 14. November 2006 über die Möglichkeiten der Kooperation zwischen Trägern der außerschulischen politischen Jugendbildung und Ganztagschulen.

Das Projekt "Politik & Partizipation in der Ganztagschule", ein Projekt der Gemeinsamen Initiative der Träger politischer Jugendbildung (GEMINI), hatte im letzten Schuljahr Angebote in der Ganztagschule erprobt. An zehn Projektstellen in sieben Bundesländern wurden als "Feldversuch" die Bedingungen ausgelotet, unter denen Träger der außerschulischen politischen Jugendbildung Kooperationen mit Ganztagschulen eingehen. Damit betreten die Träger Neuland. Denn obwohl Kooperationen mit Schulen seit vielen Jahren zum Alltag von Bildungswerken und Bildungsstätten gehören, haben Angebote, die in einer Ganztagschule gemacht werden, andere zeitliche, räumliche und konzeptionelle Bedingungen.

**Unterstützung für Individuelle Ausgestaltung des Ganztags**

Theo W. Länge, Vorsitzender des bap und Geschäftsführer des Bundesarbeitskreises Arbeit und Leben, der die Federführung des „P&P“-Projektes übernommen hatte, bedankte sich in seiner Begrüßungsrede bei allen Beteiligten, die „echte Kernerarbeit“ geleistet hätten. Zwar seien die einzelnen Projekte mehr als erfolgreich gewesen, dennoch fiel es nicht leicht, verallgemeinerbare Schlussfolgerungen aus den gesammelten Erfahrungen zu ziehen.

Denn die Ausgestaltungsmöglichkeiten und -Wege waren je nach Kooperationsangebot sehr verschieden. Aber auch die Bewertung der Bedingungen durch Projektbeteiligte und GEMINI-Verantwortliche fielen unterschiedlich aus: „Fragen wie die, wie die Zusammenarbeit von Partnern der politischen Jugendbildung und dem Fachunterricht aussehen kann, inwieweit sich die außerschulische Jugendbildung auf schulische Leistungsanforderungen einlassen sollte oder wie sich außerschulische Lernorte wie Bildungsstätten und Volkshochschulen in engen zeitlichen und räumlichen Kooperationsbedingungen bewegen können, werden zurzeit noch sehr individuell beantwortet.“ Er rief Politik und Verwaltung auf, Möglichkeiten zu eröffnen, Unterstützung und Hilfestellung zu bieten, indem der individuellen, Partner- und Zielgruppen orientierten Ausgestaltung von Kooperationen und Bildungsangeboten möglichst breiter Raum zugestanden wird.

**Akteure im politischen Prozess**

Ähnliche Anforderungen stellte Dr. Heinz-Jürgen Stolz vom Deutschen Jugendinstitut (DJI). Er setzte den Bildungsbegriff der außerschulischen politischen Jugendbildung

vom schulischen Politikunterricht ab: „Jugendbildung thematisiert Kinder und Jugendliche als Akteure im politischen Prozess. Damit ist sie kategorial vom politischen Fachunterricht unterschieden, in dem Jugendliche vorrangig in ihrer SchülerInnenrolle im Prozess kognitiver, curricular organisierter Wissensvermittlung adressiert werden“, definierte er. Ihr Bildungsauftrag bestehe daher zunächst einmal darin, „die politische Dimension bereits existenter Aneignungspraktiken von Kindern und Jugendlichen mit diesen gemeinsam zu erkunden und in Interessens- und demokratische Willensbildungsprozesse zu übersetzen“. Dabei sei politische Jugendbildung ressourcenorientiert: „Sie argumentiert z.B. nicht gegen das mangelnde formaldemokratische Engagement von Jugendlichen, sondern geht von real existenten Aktivierungsspielräumen aus“. Zwar habe die politische Jugendbildung, genau wie die Schule, einen gesellschaftlichen „Normalisierungsauftrag“. Sie gewänne aber „ihre professionelle Autonomie in der reflektierten und breiten Auslegung ihres Normalisierungsauftrags und geht genau damit über den Qualifizierungsauftrag schulischer politischer Bildung hinaus“, meinte er. Dennoch müsse sie auch über ihre und gesellschaftliche Einschränkungen reflektieren. Sie solle zur Nutzung entsprechender Spielräume befähigen, aber auch Herrschaft als Grenze thematisieren: „Eine Jugendbildung, die Herrschaftsstrukturen nicht bei ihrem Namen nennt, ist unpolitisch“, sagte Stolz.

### **An jugendliche Aneignungsprozesse anknüpfen**

Mit Bezug auf jüngste Ergebnisse der Jugendforschung wie dem Freiwilligensurvey oder der Shell-Studie widersprach er der gängigen Vorstellung, Jugendliche seien nicht politisch interessiert. Zwar habe niemand „ein privilegiertes Wissen darüber, was ‚gelebte Demokratie‘ künftig eigentlich noch heißen kann“, aber „dass Jugendliche ‚Partizipation nicht mehr erkämpfen‘ und auch strikt organisierte Kontexte wie Schule zu Gelegenheitsstrukturen ‚umcodieren‘“, könne auch optimistisch „;subversiver‘, material-demokratischer Aneignungsprozess“ interpretiert werden.“ Politische Jugendbildung müsse an diese Aneignungsprozesse von Kindern und Jugendlichen anknüpfen, die die ‚Schule als polis‘ „in vielfältiger Weise überschreiten“. Er sprach sich daher dafür aus, auf außerschulischer Lernorte, auf die Heterogenisierung von Lerngruppen und auf schul(form-)übergreifende Angebotsgestaltungen zu setzen.

Dabei habe man mit einem Dilemma zu kämpfen: Denn politische Jugendbildung sei dabei auf eine „relativ“ demokratische Schulkultur angewiesen, wolle sie mit Schule im Ganztage erfolgreich kooperieren. Gleichzeitig sei politische Jugendbildung jedoch „bitter nötig gerade auch in Schulen mit weniger förderlichen Schulkulturen, mit denen man häufig auch noch keine gemeinsame ‚Kooperationskultur‘ hat“.

### **Die „Superschule“**

Die schulische Perspektive übernahm Prof. Dr. Heinz-Günther Holtappels, Leiter des Instituts für Schulentwicklungsforschung an der Universität Dortmund (IFS). Das Institut führt gemeinsam mit dem Deutschen Institut Pädagogischer Forschung (DIPF) und dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) eine Studie zur Entwicklung von Ganztage Schulen (StEG) durch. Die StEG-Studie, die im Rahmen des IZBB-Programms des Bundes und seines Begleitprogramms „Ideen für mehr! Ganztägig Lernen“ durchgeführt wird, hat zum Ziel herauszufinden, unter welchen Voraussetzungen Ganztage Schulangebote am besten gelingen und hohe Akzeptanz finden.

In seinem Referat stellte Prof. Holtappels eigene Untersuchungen sowie erste Ergebnisse der StEG-Studie vor. Damit gab er einen bereits differenzierten zahlenmäßigen Überblick über Ganztags- und Angebots-Formen und über die Beteiligung von außerschulischen Partnern. Er verdeutlichte, dass die meisten Schulen, die als „neue“ Ganztagschulen auf- oder ausgebaut werden, mit außerschulischen Partnern kooperieren und dass diese in der Regel eine hohe Akzeptanz bei Schulen, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern haben.

Nach den ersten Erhebungen sei festzustellen, dass sich Lehr- und Lernklima und die methodisch-didaktische Vielfalt bei der Gestaltung der pädagogischen Angebote überaus günstig entwickeln, jedoch auch Elternwünsche bezogen auf eine Ausweitung der individuellen Förderung verstärkt genannt werden. Er kritisierte, dass bisher Schulunterricht und Ganztagsangebote meist in die Bereiche Vor- und Nachmittag unterteilt organisiert sind. Dies sei ein „Bikini-Modell“, meinte er, bei dem nicht nur die wünschenswerte Koordination der Lern- und Entspannungsmöglichkeiten sowie die zeitliche Rhythmisierung fehle, sondern auch, wie bei der knappen Badebekleidung, „nur das Nötigste“ abgedeckt werde.

Prof. Holtappels plädierte jedoch nicht nur für eine Zusammenführung der beiden Tagesabschnitte und für abwechselnde Phasen von Unterricht und Angeboten. Er entwarf vielmehr das Modell einer Schule, die zahlreiche Angebote auf ganz verschiedenen Ebenen und mit unterschiedlichem Freiwilligkeitsgrad macht sowie für unterschiedliche Zielgruppen spezifische Möglichkeiten bereit hält. Nicht nur von dieser Art „Superschule“ jedoch, sondern überhaupt von einer flächendeckenden Einführung der Ganztagschule seien wir noch weit entfernt, meinte Prof. Holtappels. Es sei zu beobachten, dass die Ressourcen weder auf Bundes- noch auf Länder- oder kommunaler Ebene hinreichend seien.

### **Brisante Diskussion**

In der sich anschließenden brisanten Diskussion mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung sowie mit Dr. Stolz ging es vor allem darum, noch einmal die Positionen der außerschulischen Bildung und der Schule deutlich zu machen. Zu sehr, so kritisierte Stolz, sei das präsentierte Modell, aber auch bisherige Praxis, von der Schule aus gedacht. Man müsse aber anerkennen, dass es in Deutschland zwei ausgereifte Systeme – das der Schule und das der Jugendhilfe – gebe. Das sei eher ein Pfund, mit dem man wuchern sollte, als es zu gefährden. Es sei unvertretbar, eine Bildungsreform ohne beide Partner zu denken und deren Spezifika zu berücksichtigen. So sei Freiwilligkeit ein wesentliches pädagogisches Paradigma, dessen positive bildende Wirkung nicht zu unterschätzen sei. Gleichzeitig sei es ein „Skandal“, darüber war man sich einig, dass das bisherige System bestimmte Zielgruppen benachteiligt und diese auch an freiwilligen Angeboten nicht ausreichend partizipieren.

### **Regionale Bildungslandschaften**

Klaus Hebborn, Dezernent für Bildung, Kultur und Sport beim Deutschen Städtetag, nahm anschließend diesen Ball aus Sicht der Kommunen auf. Das wahrhaft wichtige Ergebnis der PISA-Studie sei nicht das vergleichsweise schlechte Abschneiden der deutschen Schülerschaft, sondern die Tatsache, dass Bildung – und damit Zukunftschancen – in Deutschland eindeutig herkunftsabhängig seien. Der Deutsche Städtetag habe dazu gerade eine Stellungnahme verabschiedet, mit der er sich zur Notwendigkeit einer Bildungsreform äußert. Er plädierte in diesem Sinne vor allem für

eine regionale Bildungsplanung, die den Kommunen die Möglichkeit gibt, in Zusammenarbeit verschiedener Ressorts den spezifischen Bedarf vor Ort zu erfassen und zu beantworten. „Regionale Bildungslandschaften“, ein Modell, das bereits Dr. Stolz präsentiert hatte, seien zukunftsweisend. Diese sähen eine effektive Vernetzung von verschiedenen Partnern vor, die mit unterschiedlichen professionellen Möglichkeiten auf den Bedarf von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Schulen eingehen. Bezugnehmend auf das Modellprojekt der Bertelsmann Stiftung „Regionale Bildungsnetze“ nannte er beispielhaft Kommunen, in denen eine solche Zusammenarbeit bereits umgesetzt wird, zum Beispiel durch die Zusammenlegung von Fachämtern. Er räumte jedoch ein, dass dies zwar eine Möglichkeit für kleinere und mittlere Kommunen sei, dass man in Großstädten und Ballungsräumen aber andere strukturelle Mittel einsetzen müsse. Natürlich konnte auch er nicht an der notorischen Finanznot der Kommunen vorbeireden. Die Skepsis der Zuhörerinnen und Zuhörer, dass gute Bildungsangebote dann eventuell abhängig seien von der finanziellen Lage einer Kommune, konnte er nicht ausräumen. Wichtig sei jedoch, dass die Kommunen die Notwendigkeit zu handeln erkannt hätten und für die Umsetzung solcher Modelle Unterstützung suchten.

### **Praxisbeispiele**

Nach diesem interessanten, aber theoretischen Abriss der derzeitigen Debatte kam endlich die Praxis zu Wort. Tobias Fischer, Schüler an der Geschwister-Scholl-Schule in Bensheim, stellte vor, was die Schülerinnen und Schüler im Rahmen des P&P-Projekts gemeinsam mit der Politischen Akademie Haus am Maiberg getan hatten. Sie gründeten eine jahreübergreifende „Politikwerkstatt“, in der sie eigenen politischen Fragen nachgehen wollten. Die Gruppe hatte so viele Projektideen, dass Tobias Fischer nur einen kurzen Abriss mit Beispielen geben konnte. So hatten die Schülerinnen und Schüler sich über verschiedene Formen der parlamentarischen Demokratie informiert, hatten im Hessischen Landtag das Gespräch mit Abgeordneten gesucht und waren in Brüssel im Europäischen Parlament. Zur Fußballweltmeisterschaft im Sommer 2006 waren sie auf die Don Bosco-Aktion „Fußball für Straßenkinder“ und das Straßenkinderprojekt „bola pra frente“ gestoßen, das vom brasilianischen Fußballstar Jorginho unterstützt wird. Mit einem eigenen Projekt „Kick it“ bewies die Politikwerkstatt, wie Politik, Politische Bildung und ein Fußballspiel miteinander verknüpft werden können. Kern des Projekts war ein Benefizfußballspiel mit einem Rahmenprogramm der Schule, um Geld für die brasilianischen Kinder zu sammeln. Das Hauptspiel des Tages bestritt die Fußballmannschaft des Hessischen Landtages gegen eine Auswahl der Stadtverwaltung Bensheim mit dem Bürgermeister als Teamchef. Der wahre Höhepunkt der Aktion war jedoch das Treffen einer Schüler-Delegation der Politikwerkstatt der mit Jorginho in der Nähe von Frankfurt, um ihm die 1500 Euro Erlös zu übergeben.

### **Viel Applaus**

Nachdem Tobias Fischer nicht nur viel Applaus für die Politikwerkstatt, sondern auch für den Nachweis erhalten hatte, dass Schülerinnen und Schüler ohne Weiteres mit geübten Referenten mithalten können, wurde die Runde durch Praktikerinnen und Praktiker aus dem P&P-Projekt erweitert. Sie berichteten über ihre Erfahrungen aus den verschiedenen Projekten. Dabei wurde herausgestellt, wie wichtig eine gute Abstimmung zwischen Schule und Angebot ist. Dafür wiederum hatten die meisten Projekte den Vorteil, dass sich die Verantwortlichen bereits vorher kannten.

Gegenseitige Akzeptanz der jeweiligen Professionalität hielten denn auch alle für eine besonders wichtige Voraussetzung der Zusammenarbeit.

Keinen Zweifel ließen die Beteiligten daran, dass die Zusammenarbeit erfolgreich und für die Schülerinnen und Schüler eine Bereicherung war. Auch wenn es vielzählige Vorschläge gibt, die strukturellen und organisatorischen Bedingungen zu verbessern, sieht man viele Vorteile einer Kooperation. Dafür, so viel wurde aber auch deutlich, müssen die besonderen Bedingungen und die pädagogischen Vorteile der außerschulischen Lernorte ins Kalkül gezogen werden. So müssten sich Bildungsstätten grundsätzlich fragen, ob und wie es ihnen möglich wäre, regelmäßige Angebote für den schulischen Ganzttag auch im eigenen Haus zu machen.

### **Wissenschaftlich evaluiert**

Prof. Dr. Andreas Thimmel von der Fachhochschule Köln stellte die Ergebnisse der Evaluation des „P&P“-Projektes vor. Dafür wurden die beteiligten Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Schulleitungen sowie Beteiligte der außerschulischen Partner befragt. Das Ergebnis war außerordentlich positiv. So werteten 7 von 8 befragten Schulen, ebenso wie die Projektpartner, die Kooperation als gelungen oder sehr gelungen. Als Gründe wurden genannt, dass die Schülerinnen und Schüler das Thema Politik sensibilisiert worden seien, dass die Projekte sehr gute Ergebnisse erzielt hätten und die Schülerinnen und Schüler selbständiges Arbeiten und eine verbesserte Methodenkompetenz erlangt hätten.

Prof. Thimmel betonte, dass die Kooperationsprojekte wesentliche Paradigmen der außerschulischen politischen Jugendbildung umgesetzt haben. So sagten 86% der Schülerinnen und Schüler, dass die TeamerInnen auf Ideen der SchülerInnen eingegangen sind, 83%, dass sie sich mit Problemen an die TeamerInnen wenden konnten. 85% der Schüler verbanden das Projekt mit Partizipation, 75% mit demokratischem Handeln. 71% glauben, dass das Projekt durch die Arbeit außerhalb der Schule besser gelungen sei. Diese Ergebnisse, so schloss er, zeigten deutlich die Stärken der außerschulischen politischen Jugendarbeit. Sie schlosse an die Bedürfnisse und Interessen der Kinder und Jugendlichen an und an dem, was Jugendliche an Politik oder am Politischen in ihrem Leben interessiere. Die außerschulischen Partner hätten darüber hinaus neue Lernformen in die Schule getragen und individuelle Bildungszugänge geschaffen. Folgerichtig hätten 80% der Schülerinnen und Schüler den Eindruck, dass die TeamerInnen in der Schule willkommen waren. 63% meinen, dass das Projekt eine Bereicherung für die Schule war. Der Endbericht der Evaluation wird Anfang nächsten Jahres vorliegen.

### **Resümee für die außerschulische Bildung**

Ein vorläufiges Resümee aus Sicht der außerschulischen Jugendbildung als eigener Teil der Jugendarbeit zogen Ina Bielenberg, Projektleiterin des thematisch verwandten Projekts „Kultur macht Schule“ der Bundesvereinigung kulturelle Jugendbildung und P&P-Projektleiterin Dr. Helle Becker. Beide Projekte loteten für ihre Bereiche aus, wie Kooperationen mit der Ganztagschule aussehen können. Gemeinsam ist ihnen, dass sie zum Bereich der außerschulischen Jugendbildung zählen und damit ähnliche Prämissen und Bedingungen für ihre Arbeitsfelder haben. So sah das auch die Stiftung Deutsche Jugendmarke, die beiden Projekten auferlegt hat, ihre jeweiligen Ergebnisse miteinander zu vergleichen.

In ihrem Vergleich legten Helle Becker und Ina Bielenberg zunächst dar, welche spezifischen Qualitäten außerschulische Jugendbildung als eigener Bereich der Jugendarbeit hat. Dabei betonten sie ihren Sachbezug und grenzten diesen von anderen sozialpädagogischen Anforderungen ab. Sie machten deutlich, dass außerschulische Bildung Selbstbildung sei, die individuell, ausgehend von den Interessen und Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen, mögliche Gelegenheiten schafft und inszeniert, jedoch – anderes als die Schule - keine Leistungen, Lösungen oder Ergebnisse als unbedingt zu erreichende voraussetzt. Außerschulische Lernorte spielen in beiden Bereichen dafür eine Rolle.

Beide Projekte sind zu identischen Ergebnissen bezüglich der zu fordernden „Gelingensbedingungen“ für Kooperationsprojekte gekommen. Aspekte wie gegenseitige Anerkennung der jeweiligen pädagogischen Theorien und Praxen, der Austausch über das pädagogische Grundverständnis, über das Konzept und die gemeinsame Zielstellung oder Veränderungsbereitschaft auf beiden Seiten werden inzwischen als zentrale Bedingungen allgemein bestätigt. Auch die Ressourcenfrage ist unstrittig: Das alles braucht Finanz- und damit Personal- und Materialressourcen sowie Zeit für die Abstimmung und Koordination.

### **Offene Fragen**

Die beiden Referentinnen thematisierten aber auch eindringlich diejenigen Punkte, die in den Kooperationsprojekten höchst unterschiedlich gelöst und bewertet wurden. Dabei ging es vor allem um Notwendigkeit und Grenzen von Freiwilligkeit und Partizipation, die Zeitstruktur und die Einbindung in die schulische Pädagogik mit ihren Leistungsanforderungen, um die manchmal förderliche, manchmal hinderliche Nähe zum Fachunterricht, die Nutzung außerschulischer Lernorte oder gar neue Konkurrenzen auf dem „Ganztagsmarkt“. Am Schluss forderten sie daraus größtmögliche Freiheiten in der individuellen, träger-, schul- und zielgruppengerechten Ausgestaltung der Angebote, Unterstützung, um Konzepte, Vorstellungen, Arbeitsweisen und Bedingungen miteinander abzustimmen, die dafür erforderliche Zeit, Finanzen, Beratung und Qualifizierung, die Anerkennung politischer und kultureller Bildung als besondere Bildungsangebote und vor allem Zeit für alle Beteiligten, um gemeinsame Vorstellungen an der Praxis zu entwickeln.

Diese gemeinsamen Vorstellungen, die eigentlich die Ausgangsbasis für Kooperationen sein sollten, seien zum gegenwärtigen Zeitpunkt der schwierigste, weil ungeklärte Punkt. Dies jedoch, so der Schluss, berge die Gefahr, dass man sich in Vorhandenes ergibt und sich an das anpasst, was sowieso schon ist. Aus Sicht der außerschulischen Jugendbildung sei das noch viel zu oft die „alte Schule“, die man nicht als „gute“ attribuieren wolle.

### **Lebhafte Schlussdiskussion**

In einer lebhaften Schlussdiskussion, an der auch Gernot Stiwitz vom Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend Rheinland-Pfalz, Prof. Thimmel und Helle Becker teilnahmen, plädierte Hans-Peter Bergner, Referatsleiter für außerschulische Jugendbildung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, für den Erhalt der außerschulischen Lernorte wie Bildungsstätten oder Volkshochschulen. Es sei auch im Hinblick auf eine Bildungsreform in Deutschland wichtig, die Vorteile eines gewachsenen, differenzierten Jugendhilfesystems mit eigenen pädagogischen und bildenden Angebotsformen zu erhalten.

Helle Becker kritisierte, dass zwar von Politik und Öffentlichkeit dringend eine Bildungsreform sowie die Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit gefordert werde. Geradezu widersinnig sei es jedoch, dass sich der Bund aus der Bildungspolitik verabschiede, während die Gleichwertigkeit und Zusammenarbeit von formalen, nicht-formalen und informellen Bildungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene ein zentrales Politikthema sei. Auch das Bundesjugendministerium böte bisher den Trägern wenig Unterstützung in dieser wichtigen Frage. Sie bat um Rückenstärkung und mahnte an, die Träger mit der Lösung dieser Probleme nicht auf der kommunalen Ebene allein zu lassen.

Prof. Thimmel schlug vor, dass die politische Jugendbildung weiter an ihrem Beitrag für die Ganztagschule feilen solle, da dieser für eine zukunftsfähige Bildungsreform unentbehrlich sei. Dafür müsse es möglich sein, die Kooperationen auch ganz anders als nur unter einem räumlichen „Dach“ der Schule zu denken. Bildungsnetzwerke, die sozialräumlich gespannt würden, entsprächen viel eher sowohl den Aneignungsgepflogenheiten von Kindern und Jugendlichen als auch den bisherigen Angebotesformen der Jugendarbeit.

Weitere Informationen zum P&P-Projekt unter: [www.politkundpartizipation.de](http://www.politkundpartizipation.de)